

# Misstöne im «Abfallkübel des Bundes»

Im Kanton Schwyz macht man sich zunehmend Sorgen um die politische Kultur

Die SVP Schwyz eilt von Erfolg zu Erfolg, obwohl ihre Vertreter teilweise menschenverachtende Aussagen machen. Mitschuldig am schlechten politischen Klima ist auch die Schwäche der anderen Parteien.

ERICH ASCHWANDEN, SCHWYZ

Dass im Schwyzer Kantonsrat mit harten Bandagen gekämpft wird, ist nichts Neues. Doch die Töne, die bei der letzten Sitzung angeschlagen wurden, machten sogar altgediente Beobachter sprachlos. «Schwyz wird zum Milch spendenden Abfallkübel des Bundes gemacht», erklärte SVP-Kantonsrat Thomas Hänggi.

## «Unerwünschte Elemente»

Mit einem Asyl-Durchgangszentrum in Seewen, das das Staatssekretariat für Migration offenbar prüfe und das der Regierungsrat zu wenig bekämpfe, ziehe der Kanton Schwyz «die A...-Karte», polterte der SVP-Vizepräsident. In diesem Zentrum würden nicht Familien und Kinder untergebracht, sondern «Kriegsverbrecher, Wirtschaftsflüchtlinge und andere nicht erwünschte Elemente», behauptete der SVP-Parlamentarier in einer Debatte, bei der es eigentlich um die Schliessung des Ruag-Standortes Brunnen ging.

Im Ratssaal rief dieses Votum keinen Widerspruch hervor. Doch nach einem Bericht der Lokalzeitung «Bote der Ur-schweiz» meldeten sich empörte Leser. So schrieb Nathalie Henseler, die als Parteiose erfolglos für den Ständerat kandidierte: «Freiheit ist ein fragiles Stück Schweiz, das wir mit dem Tolerieren menschenverachtender Voten in unserem Parlament preisgeben.» Einen Leser erinnert die Äusserungen an die Rhetorik der 1920er Jahre, die schliesslich zu den KZ geführt habe. In diesen «Abfallkübeln» seien später Millionen Menschen umgebracht worden.

«Im Schwyzer Kantonsrat wurde schon früher hart gefochten. Dabei ging es aber immer um die Sache und nicht um Polemik und Stimmungsmache», sagt einer, der es wissen muss. Josias Clavadetscher schreibt seit 40 Jahren über die Schwyzer Politik und war bis im



Im Schwyzer Rathaus gibt es grenzwertige Äusserungen ohne Widerspruch.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Sommer 2014 Chefredaktor des «Boten der Urschweiz». Mit dem Aufschwung der SVP habe rhetorisch der «Zürcher Mörgeli-Stil» im Rathaus Schwyz Eingang gehalten, stellt Clavadetscher fest, der während 20 Jahren kaum eine Kantonsratssitzung verpasste. «Egal, ob die Schlagworte «Linke und Nette», «10-Millionen-Schweiz» oder «Asylchaos» lauten, sie wurden, ohne viel nachzudenken, nachgebetet», sagt Clavadetscher.

Als «härter, sturer und partei-statt sachbezogen» im Vergleich zu früher nimmt der Schwyzer Volkswirtschaftsdirektor Kurt Zibung die SVP wahr. Der CVP-Politiker wird nach zwanzigjähriger Regierungstätigkeit 2016 zurücktreten und tut dies teilweise desillusioniert. Während die SVP bis vor einigen Jahren konstruktiv mitgearbeitet habe, betreibe sie nun häufig Opposition um der Opposition willen. Aufgrund des Images, das sie sich selbst gegeben habe, könne die Partei gar nicht mehr von

einer einmal festgelegten Position abweichen. «Wenn sich andere kompromissbereit zeigen, werden sie von der SVP als wortbrüchig bezeichnet. Und vieles wird ins Lächerliche gezogen», stellt Zibung fest.

## Zunehmende Dominanz

Bei den Schwyzerinnen und Schwyzern, die wenig von Obrigkeiten halten, sitze diese nun in Schwyz, Bern oder Brüssel, kommt die Politik, die häufig verdammt, was von aussen kommt, offenbar gut an. Bei den Nationalratswahlen legte die SVP noch einmal zu und erreichte einen Wähleranteil von 42,6 Prozent. Vier der sechs Mandate in Bern sind fest in SVP-Hand, darunter beide Sitze im Ständerat. Verbunden war dies mit der Abwahl von Andy Tschümperlin, der die Fahne der Linken im Kanton bisher hochgehalten hat. Auch dem ehemaligen SP-Fraktions-Chef bereitet das erdrückende

de Gewicht einer einzelnen Partei Sorgen, wie er in einem Interview mit der «Berner Zeitung» erklärte: «Wenn die Machtverhältnisse derart ungleich verteilt sind und eine Seite derart dominiert wie in Schwyz, dann schadet das einem Kanton.» In dem Gespräch ging er auch auf die Anfeindungen ein, denen er sich als bekennender Linker im Kanton Schwyz ausgesetzt sieht.

«Die Stärke der SVP hat auch mit der Schwäche der anderen Parteien zu tun», sagt Josias Clavadetscher. Sowohl in der CVP wie auch in der FDP fehlten die anerkannten Führungspersönlichkeiten vom Format des früheren Finanzdirektors Franz Marty, die den SVP-Tenören auch einmal Paroli bieten könnten. Die SP habe sich vom Schock der Abwahl aus der Regierung 2012 nicht erholt. Es spricht also vieles dafür, dass die SVP ihren Triumphzug bei den kantonalen Wahlen im Frühling 2016 fortsetzen wird.

## Gegen Erziehung mit Schlägen

Tagung stellte Körperstrafen bei Kindern in den Mittelpunkt

Kinder leiden unter Erziehungsmassnahmen, die körperliche Gewalt einsetzen. Weil die Politik nicht aktiv wird, sollen die Kinder selbst handeln.

jmw. · «Warum muss eine Ohrfeige in der Erziehung sein?», fragt der 29-jährige Ivan in die Runde. In seiner Kindheit wurde er von seinen Eltern oft geschlagen. Zum Einsatz kam, «was griffbereit lag, egal, ob Gürtel, Ast oder Schneidbrett». An einer Tagung zum Thema Körperstrafen bei Kindern und Jugendlichen, die an der Fachhochschule Zürich abgehalten wurde, schildert Ivan knapp 80 Fachpersonen aus der Schulsozialarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe seine Erlebnisse.

Am schlimmsten sei gewesen, dass er meistens nicht verstanden habe, warum er Schläge erhalte, und seine Eltern auf Nachfrage auch keinen Grund angeben hätten. Andere Betroffene berichten, dass ihre Eltern ihnen im Erwachsenenalter gestanden, aus Überforderung zugeschlagen zu haben. Nathalie erinnert sich, dass «das Ausmass der Strafen in keinem Verhältnis zu den begangenen Verfehlungen stand».

Heute bereuen seine Eltern «die Gewalt, die sie in der Erziehung ausgeübt haben», sagt Ivan. Doch sei ihnen das Thema noch immer unangenehm. «Ich würde meine Kinder nicht schlagen. Kinder können sich körperlich ohnehin nicht wehren.»

## Psychische Störungen als Folge

Bei Ivan handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Etwa 40 Prozent der Kinder unter vier Jahren erleben körperliche Gewalt als Erziehungsmassnahme. Knaben seien dabei häufiger betroffen als Mädchen, so die Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS), die Susanne Kurz vom Institut für Familienforschung und -beratung der Universität Freiburg präsentierte. Soziale, kognitive und emotionale Beeinträchtigungen, eine erhöhte Anfälligkeit für psychische Störungen und die Übernahme eines gewaltbehafteten Erziehungsstils im Erwachsenenalter seien die Folgen. Für die an der Tagung anwesenden Fachpersonen genügt Gründe, gewaltsame Erziehungsmethoden zu verbieten.

Allerdings sieht die Politik keinen Handlungsbedarf. Im Sommer verlangte Nationalrätin Chantal Galladé (sp.) in einer Motion, das Züchtigungsrecht der Eltern gegenüber ihren Kindern abzuschaffen. Der Bundesrat betonte zwar in seiner Antwort, dass ein Züchtigungsrecht mit dem Kindeswohl nicht vereinbar sei, doch erachte er eine entsprechende gesetzliche Bestimmung aufgrund der Rechtslage als «nicht notwendig». Mit einem leicht gereizten Unterton erinnerte er Galladé zudem an ähnliche Vorstösse in den Vorjahren, die allesamt erfolglos blieben.

## Gesellschaftliches Tabu

Das Thema Körperstrafen werde von der Gesellschaft tabuisiert, «obwohl viele Kinder und Jugendliche darunter leiden», sagte Madleina Brunner Thiam, Leiterin des Projekts «Keine Daheimnisse». Begleitet von Fachpersonen, setzen sich Kinder zwischen der vierten und zehnten Klasse in diesem Projekt mit dem Thema Körperstrafen auseinander und erfahren, wo Hilfsangebote bestehen. Als Multiplikatoren sollen sie ihr Wissen dann anderen Kindern und Jugendlichen weitergeben, denn meistens seien Gleichaltrige die ersten Vertrauenspersonen.

An der Tagung präsentierten Schülerinnen und Schüler aus Obersiggenthal, die bei «Keine Daheimnisse» mitmachten, den interessierten Fachpersonen ihr einstudiertes Schauspiel, die Ergebnisse ihrer Umfrage, ein Video-Interview und lasen selbst geschriebene Gedichte vor. Schläge seien keine sinnvolle Erziehungsmassnahme, lautete ihr Appell an die anwesenden Erwachsenen.

## IN KÜRZE

### Schweiz an Polizeiaktion gegen Extremisten beteiligt

bpp. · Im Zusammenhang mit einer internationalen Polizeiaktion gegen den jihadistischen Terrorismus ist auch die Schweizer Bundesanwaltschaft (BA) aktiv geworden. Anstoss war ein italienisches Rechtshilfesuch, wie BA-Sprecher André Marty auf Anfrage sagte. Es seien Hausdurchsuchungen vorgenommen und Datenträger sichergestellt worden. Zudem wurde eine Person von der Bundesanwaltschaft einvernommen, aber nicht verhaftet. Es bestehe ein Zusammenhang zum Fall eines in Basel wohnhaften kurdisch-irakischen Brüderpaars, das im Mai 2014 vom Bundesstrafgericht wegen Propaganda im Internet für al-Kaida verurteilt worden war.

### Genfer Streik soll im Dezember weitergehen

(sda) · Am dritten Tag in Folge haben die Genfer Staatsangestellten am Donnerstag gestreikt und Versammlungen durchgeführt. Am Nachmittag entschieden dann rund 1500 Staatsangestellte an einer Versammlung, den Streik zu unterbrechen. Da sich aber nach wie vor keine Lösung im Konflikt mit der Kantonsregierung abzeichnet, wurde ein weiterer Streik für den 1. Dezember angekündigt.

# Longchamp verliert Auftrag für Abstimmungsanalysen

Erstmals Vergabe nach öffentlicher Ausschreibung

Die Ergebnisse der Volksabstimmungen werden nicht mehr vom Institut GfS Bern von Claude Longchamp analysiert. Die Stiftung Fors in Lausanne hat die erste öffentliche Ausschreibung gewonnen.

jmw. · Ab der zweiten Jahreshälfte 2016 wird die Stiftung für Forschung in den Sozialwissenschaften (Fors) die Nachbefragungen und Analysen zu den eidgenössischen Abstimmungen durchführen. Nachdem der Bund diesen Auftrag bisher freihändig vergeben hatte, hat er am Mittwoch die erste öffentliche Ausschreibung abgeschlossen. Zusammenarbeiten wird die in Lausanne ansässige Stiftung Fors mit dem Zentrum für Demokratie Aarau und dem Befragungsinstitut Link.

Somit konnte sich das Institut GfS Bern, das von Claude Longchamp geleitet wird, in der Ausschreibung nicht durchsetzen. GfS Bern und die politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Zürich, Bern und Genf haben «den Entscheid zur Kenntnis genom-

men und werden die Situation analysieren», sagt Urs Bieri, Mitglied der GfS-Geschäftsleitung. Weitere Auskünfte wollte er nicht geben.

GfS erhebt seit dem Jahr 1977 die Daten für die Vox-Analysen, welche im Turnus von den politikwissenschaftlichen Instituten der drei Universitäten ausgewertet werden. Seit 1987 beteiligt sich die Eidgenossenschaft finanziell an den Analysen.

Die nun erstmals durchgeführte öffentliche Ausschreibung umfasst ein Volumen von 1,8 Millionen Franken. Laut der Bundeskanzlei sind darin die Kosten für die Analyse von 15 Abstimmungen mit insgesamt 50 Vorlagen enthalten. Eine Option auf weitere 0,3 Millionen Franken deckt allfällige zusätzliche Leistungen, wie die Befragung zusätzlicher Personen, ab. Der Vertrag mit Fors hat eine Laufzeit von vier Jahren. Der durch die Bundeskanzlei erteilte Auftrag ist allerdings noch nicht rechtskräftig, er kann innerhalb von 20 Tagen angefochten werden.

Die Bundeskanzlei begründet ihre am Donnerstag kommunizierte Entscheidung mit der Qualifikation des Befragungsteams von Fors, dessen Mass-

nahmen zur Maximierung der Antwortquote und dem günstigen Preis.

Das Fors führt bereits die Schweizer Nachwahlbefragung Selects durch. Peter Farago, Direktor von Fors, bezeichnet Selects als ein «Alleinstellungsmerkmal» der Stiftung. Seit 1995 wird diese Studie durchgeführt, seit 2008 ist sie dem Fors angeschlossen. Mit der Analyse der Volksabstimmungen werden nun Synergieeffekte in der Durchführung der Befragungen und der Datenbereitstellung möglich, sagt Farago.

Longchamps Vox-Analyse war nach der Abstimmung über die Zuwanderungsinitiative in die Kritik geraten. Politologen zweifelten an der gemeldeten ausserordentlich tiefen Stimmbeteiligung junger Erwachsener. So sollen nur 17 Prozent der Befragten unter 30 Jahren im Februar 2014 abgestimmt haben. Die beteiligten politikwissenschaftlichen Institute änderten daraufhin ihre Methodik.

Der Bund wird sich noch bis Ende 2016 finanziell an den Vox-Analysen beteiligen. Die Bundeskanzlei hat den Ende 2015 auslaufenden Vertrag «zur Sicherung eines lückenlosen Übergangs» verlängert.